

Bundesamt für Justiz
RSPM
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 29. Februar 2012

08.473 Parlamentarische Initiative. Abschaffung Rückerstattungspflicht des Heimatkantons

Stellungnahme der Grünen Partei der Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons.

Grundsätzliche Bemerkungen

Die Grüne Partei sieht den Handlungsbedarf bei der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons. Die heutige Praxis bringt einen übermässigen administrativen Aufwand mit sich und verteuert so die Sozialhilfeverfahren auf unnötige Weise. Die kompensationslose Abschaffung der Rückerstattungspflicht sehen die Grünen dennoch als keine gute Lösung. Tendenziell werden so Kosten von ländlichen Regionen auf die Städte abgewälzt, da viele SozialhilfebezügerInnen, welche ursprünglich vom Land kommen, in der Stadt wohnhaft sind. Die Einwanderungskantone und Städte würden so überproportional belastet. Statt isolierten kleinen Gesetzesrevisionen sollte eine Gesamtsicht auf das Sozialversicherungssystem entwickelt werden. Mit einem entsprechenden Umbau können die Kosten gerecht auf die einzelnen Regionen verteilt werden bei einer gleichzeitigen Reduktion des administrativen Aufwandes. Die Grünen halten eine Gesamtsicht auf das heute fragmentierte Sicherungssystem (AHV, IV, EL, ALV, Sozialhilfe) für dringend notwendig. Diese Gesamtsicht sollte eine umfassendere Reform der sozialen Sicherung in die Wege leiten.

1. Wer bezahlt die Aufhebung der Rückerstattungspflicht?

Mit einer ersatzlosen Streichung der Rückerstattungspflicht entgehen vielen Schweizer Städten Ausgleichszahlungen in Millionenhöhe. In Zürich wären dies ca. 5 Millionen Franken pro Jahr. Die Rückerstattungspflicht diente bisher auch als Ausgleich für die Zentrumslasten. Mit einer ersatzlosen Abschaffung würde ein ungerechtfertigtes Ungleichgewicht geschaffen.

2. Grüne vermissen sozialpolitischen Gesamtstrategie

Die Überprüfung des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz, ZUG) sollte in den Kontext einer Gesamtstrategie für die soziale Sicherung gestellt werden. Administrative Änderungen im Bereich der Sozialversicherungen sollten nur noch aufgrund einer breiteren und grundsätzlicheren Diskussion zur künftigen Ausrichtung, Kohärenz und Koordination der Sozialwerke erfolgen.

3. Aufstockung des sozio-demografischen Lastenausgleichs

Die Grünen fordern als Kompensation für die Abschaffung der Rückerstattungspflicht eine Aufstockung des soziodemographischen Lastenausgleichs (SLA). im Rahmen der Weiterführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) bietet sich eine solche Kompensation an. Dies wäre eine einfache Lösung, die ohne administrativen Mehraufwand realisiert werden kann. So würden die Zentrumslasten, die durch eine Abschaffung der Rückerstattungspflicht erhöht würden, adäquat anerkannt und abgegolten. Die Thematik könnte im nächsten Wirkungsbericht zum NFA und bei der Ausarbeitung der NFA-Botschaft für die Jahre 2016 – 2019 aufgenommen werden.

Wir bitten Sie, die Anliegen und Vorschläge wohlwollend zu prüfen und die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Ueli Leuenberger

Präsident der Grünen Schweiz



Iwan Schauwecker

Politischer Sekretär